

Wirtschaft: Nachrichtenauslese im März 2008

hp, am, mr

Die Folgen der Finanzmarktkrise

Ausweg aus der Krise: Schuldenerlaß

Ben [Bernanke](#), der Vorsitzende der US-Notenbank nannte konkrete Zahlen der US-Häusermarktkrise: Über 1,5 Millionen Häuser und Wohnungen sei 2007 das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet worden, das seien 53 Prozent mehr als im Jahr 2006. „Und dieses Jahr dürften es noch mehr werden.“

Aufgrund der gefallen Immobilienpreise schuldeten viele Hausbesitzer den Banken inzwischen mehr Geld, als ihr Haus noch wert ist. Deshalb wünscht sich Herr Bernanke, daß die Hypothekengläubiger Verluste in Kauf nehmen und auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten sollten. Auch solle die Regierung für die Bezahlung der Hypothekenschulden bürgen – wie sie ja in ähnlicher Weise für Bankschulden gebürgt hat. Z.B. mit 30 Mrd. Dollar für die Schulden von Bear Stearns.

Das Problem dieses Lösungsvorschlags ist, daß er zu spät kommt. Nicht nur der Hypothekenmarkt ist von der Krisenentwicklung befallen. Alle Märkte der Geld- und Kreditschöpfung sind infiziert. Wenn man die Stelle desinfiziert, von der die Krankheit ausgegangen ist, kann man den Viren, die weltweit ihre Schäden mittlerweile anrichten, nichts anhaben.

Die Hilf- und Ratlosigkeit der Experten stimmt den Beobachter zuversichtlich.

Die Spekulation kann weitergehen

In Deutschland gibt es noch Objekte zur Befriedigung der Renditegier. Die Notenbanken versorgen die Geschäftsbanken mit zusätzlichem Geld. Die Krise soll überwunden und der Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert werden. Die Konsequenzen dieser Geldpolitik liegen klar auf der Hand:

Die immer noch relativ stabile deutsche Konjunktur lockt schon wieder die sogenannten Beteiligungsfonds nach Deutschland. Die [schwedische](#) Private-Equity-Gesellschaft Nordic Capital werde im Herbst ein Büro in Frankfurt eröffnen.

Die Spekulation nimmt Fahrt auf

Die Dimensionen der Rohstoffspekulation

Noch nie haben [Finanzinvestoren](#) so viel Kapital an den Rohstoffmärkten angelegt wie im ersten Quartal dieses Jahres¹. Das in den Rohstoffmärkten investierte Geld schnellte um 28 Milliarden Dollar auf insgesamt 225 Milliarden Dollar in die Höhe.

[Indiens](#) Regierung hat den Handel mit Terminkontrakten auf Agrarrohstoffe noch weiter eingeschränkt², um die Inflation zu bremsen. Der Terminhandel in Sojaöl, Kartoffeln, Kichererbsen und auch Kautschuk wird per Dekret eingestellt. Im Vorjahr war bereits die Einstellung des Handels mit Terminkontrakten auf Weizen und Reis zu fallenden Getreidepreisen verfügt worden.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.05.2008 Seite 25.

² Vgl. ebenda.

Die Spekulation auf steigende Kaffeepreise hat sich nicht gelohnt

Hedge-Fonds und ein knappes Angebot hatten den [Kaffeepreis](#) in den Monaten zuvor nach oben getrieben. Doch die erwartete Rekordernte in Brasilien setzt der Hausse in diesem Markt ein Ende.

Die Spekulanten haben dazugelernt. Sie setzen in Zukunft auf Rohstoffe und Nahrungsmittel. Die Nachfrage nach diesen Produkten ist unelastisch, d.h. die Güter werden auch nachgefragt wenn die Preise steigen, denn sie sind lebensnotwendig.

Das wird das große Zukunftsproblem der neoliberalen Verfechter für freie Märkte und freie Spekulation. Wenn die Politik sie nicht in ihrem Treiben aufhält – weil die Politiker selbst davon profitieren – so könnten die Völker dem treiben ein Ende bereiten.

Darf die WTO souveräne Staaten zum Export zwingen?

Die Situation ist völlig neu. Während in der Vergangenheit die imperialkapitalistische Weltordnung sich den Zugang zu allen Märkten für den Export erzwingen wollte und dies sogar mit militärischer Gewalt gelegentlich getan hat, geht man jetzt noch einen Schritt weiter. Man will jene Volkswirtschaften zum Export ihrer Güter – momentan sind es Nahrungsmittel – zwingen, die man selbst notwendig benötigt.

„In der Welthandelsorganisation ([WTO](#)) in Genf ist eine Diskussion darüber entbrannt, wie den Ausfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse in einigen Entwicklungsländern zu begegnen sei. Grundsätzlich hemmen die im Sog der Nahrungsmittelkrise erlassenen Verbote den freien Welthandel, dessen Förderung das Ziel der 152 Staaten umfassenden WTO ist.“

Kapitalvernichtung bei Daimler – Benz

Oder der Fall MTU – Tognum – MTU

Im Jahre 2008 kauft Daimler 22,8% sein ehemaliges MTU-Werkes zurück und zahlt 585 Mio. Euro dafür. Für die damaligen 88% Eigentumsanteile hatte man vor 3 Jahren (2005) ganze 1.100 Mio. Euro erhalten.

Gesundgestoßen haben sich an dem kurzfristigen Deal der schwedischen Finanzinvestor [EQT](#) und die MTU-Manager. Sie hatten die Dummheit des Daimler-Managements wahrgenommen, sich zum Schnäppchenpreis einzukaufen. Jetzt wollen sie alle dem alten Schrempp die Schuld an dem unverantwortlichen Verkauf geben – so als hätte die heutige Führungsriege damals gar nichts zu sagen gehabt. So als hätte damals der gelernte Betriebsschlosser Schrempp als Diktator die Unternehmenspolitik bestimmt.

Damals hatte es geheißen, Daimler müsse sich auf das Kerngeschäft konzentrieren. Heute heißt die Begründung für den Rückkauf, man müsse sich das ehemalige eigene Werk als Lieferanten und als Abnehmer sichern.

Auch im Falle Daimler werden die Manager für ihr Versagen weder belangt noch bestraft.

Postverluste durch Globalisierungszwänge

Die Deutsche Post bereitet die Anleger darauf vor, daß sich die Sanierung ihres defizitären [Expressgeschäftes](#) in Amerika noch lange hinziehen könnte.

Trotz eines [Gewinneinbruchs](#) um fast zwanzig Prozent bewertet die Deutsche Post AG ihre Zwischenbilanz zum ersten Quartal als „sehr zufrieden stellend“.

Als Folge der Finanzkrise hat die Postbank im Auftaktquartal Abschreibungen und Wertberichtigungen von 174 Millionen Euro hinnehmen müssen. Die Verluste will man durch Verkauf von Postimmobilien im Wert von 700 Mio. Euro ausgleichen

Die offensichtlich sehr hohen, von der Post aber nicht bezifferten Verluste von DHL Express in Amerika lasten schwer auf dem Spartenergebnis und dem Konzerngewinn insgesamt. Bei einem um 1 Prozent gestiegenen Expressumsatz von 3,367 Milliarden betrug der operative Gewinn (Ebit) nur 21 Millionen Euro, ein Drittel weniger als im Vorquartal. Also betrug er im Vorjahr auch nur $21/2 \cdot 3 = 31,5$ Mio. Euro.

Der Konzern - Ebit sank im ersten Quartal um 14,7 Prozent auf 851 Millionen Euro.

Wenn der Konzern das DHL-Desaster auf dem amerikanischen Inlandsmarkt nicht endlich in den Griff bekommt, wird es schwierig, die mittelfristigen Ziele einzuhalten. Zögert der Vorstandsvorsitzende Frank Appel vielleicht deshalb, weil er wegen des Milliardengrabs Amerika vorerst nicht auf die Bank verzichten mag?

Mit Hilfe eines Kooperationsvertrags mit dem größten Konkurrenten in USA, mit [UPS](#), will die Post jetzt die Verluste mindern. Das wäre das Gleiche, als würde Daimler-Benz die das italienische Fiat-Werk unterstützen, damit dies in Deutschland den Absatz und Gewinn steigern könne.

Die Herrschaft des von der Politik inthronisierten Kapitals erreicht absolutistische Dimensionen bei der Verschleuderung deutschen Produktivvermögens. Das Deutsche Volk ist aufgefordert, dem Treiben ein Ende zu bereiten!

Die Ölkonzerne profitieren von den Ölpreissteigerungen

[Exxon](#) Mobil hat seinen Nettogewinn im 1. Quartal 2008 gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent auf 10,9 Milliarden Dollar gesteigert. Die Anleger sind enttäuscht, sie hatten wegen der Preissteigerungen einen größeren Gewinnsprung erwartet.

Der US-Ölkonzern Chevron verdiente in den ersten drei Monaten 5,17 Milliarden Dollar, 10 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Umsatz war um 40 Prozent auf 64,67 Milliarden Dollar gestiegen. Im 1. Quartal kostete Rohöl durchschnittlich 98 Dollar je Barrel und damit fast 70 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Auch europäische Ölkonzerne wie BP und Royal Dutch Shell haben kräftige Gewinnzuwächse verzeichnet.

Die Renditegier von Josef Ackermann und Co

Die Eigenkapitalrendite von 25 Prozent vor Steuern ist eine wichtige finanzielle Zielgröße, abgeleitet aus der [Profitabilität](#) unserer besten Wettbewerber. Entscheidend ist für uns, dieses Renditeniveau nachhaltig zu erreichen.

Josef Ackermann, 2005, aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.05.2008 Seite 12.

Als wir vier Prozent Rendite hatten und von 25 Prozent sprachen, haben viele gesagt, das sei nicht zu schaffen. Jetzt sind wir bei 45 Prozent, da sind 25 Prozent schon eine große Enttäuschung. Der Erwartungsdruck steigt. Aber ich bin überzeugt, dass wir noch besser werden können. Der Druck treibt mich auch an. Ich empfinde es als motivierend, wenn man weiß, dass die Finanzwelt auf etwas wartet.

Josef Ackermann, 2007, aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.05.2008 Seite 12.

Nicht einmal ihr Steuersystems sollen die EU-Länder gestalten dürfen

In Frankreich will man für bestimmte Güter und Dienstleistungen ermäßigte Umsatzsteuersätze einführen. Das paßt den Regierungsvertretern in Berlin nicht. Frankreich wird im zweiten Halbjahr 2008 den EU-Ratsvorsitze übernehmen.

Steuerpolitischer Streit ist somit angesagt. Allein an den Reibungsflächen solcher im Kern untergeordneten Handlungskategorie zeigt sich, daß die Vorstellung eines Einheitsstaates Europa ein konzeptioneller Fehler ist. Die Begründung der Bundesregierung für die Einmischung in das französische Steuersystem, die im wesentlichen auch von den Brüsseler Kommission geteilt wird, überzeugt durch seinen nicht nachvollziehbaren Abstraktionsgrad:

Ermäßigte Mehrwertsteuersätze seien das wirtschaftspolitische Instrument mit dem geringsten Wirkungsgrad. Sie riefen Wettbewerbsverzerrungen hervor und schädigten den Binnenmarkt.

Warum die Bundesregierung im eigenen Land nicht mit gutem Beispiel vorausgeht und die Mehrwertsteuerermäßigungen in Deutschland nicht abschafft, wird man nur mit dem Mangel an Courage vor der Macht der Lobbyisten erklären können.

Auch das ist kein Zeugnis souveräner Politikgestaltung im eigenen Lande.

Die Karriere vom Gewerkschaftsfunktionär zum Manager

In USA gibt es die berühmte Geschichte vom Tellerwäscher zum Milliardär. In Deutschland kann man dazu die Steigleitern der Gewerkschaften benutzen. Wie viele der vorgeblichen Interessenvertreter sind diesen Weg schon gegangen?

Diesmal ist es SPD-Mitglied Norbert Hansen, der war bisher Vorsitzende der größten Bahngewerkschaft Transnet. Künftig soll er in der Deutschen Bahn als Arbeitsdirektor für das Personal wirken.

In die Geschichtsbücher wird die Gewerkschaftsbewegung wegen der Korruptiertheit ihrer Funktionäre eingehen.

Die Klimamodelle der letzten Jahre sind fehlerhaft#

Die Simulation der Klimaentwicklung (in der Vergangenheit und für die Zukunft) anhand von Computerprogrammen waren fehlerhaft, weil maßgebende Einflußgrößen in den Programmen nicht berücksichtigt worden sind: Der Einfluß der Meeresströmungen, die sich in langen Zyklen verändern, ist eine davon.

Das Kieler Leibniz-Institut für Meereswissenschaften unter Leitung von Noel Keenlyside und das Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg haben diese sich verändernden Meerestemperaturen nun berücksichtigt³ und kommen zum Ergebnis, daß die Erwärmung in den nächsten 10 – 15 Jahren, so wie sie der Weltklimarat IPCC vor einem Jahr prognostiziert hat, nicht stattfinden wird. Demnach wird es wieder kälter bei uns.

Auch die Computersimulationen zur Temperaturentwicklung über dem Südpol müssen korrigiert werden. Sie haben eine Temperaturerwärmung von + 1 Grad Celsius seit 1880 ermittelt. Jetzt haben die aus Eisanalysen rekonstruierten Daten ergeben, daß der Anstieg

³ Aktuelle Ausgabe von „Nature“, Bd. 453, S. 84, zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.05.2008 Seite N1.

in diesem Zeitraum höchstens 0,2 Grad betragen habe, wie Andrew Monaghan von der Ohio State University, jetzt nachgewiesen hat.

Die Prediger zur Welterrettung und Weltverbesserung, werden künftig ihre Wissenschaftsgläubigkeit an den Halbwertszeiten des Verfalldatums ausrichten müssen. Oder sie werden schlichtweg einfach zugeben müssen, daß ihnen die moderne Wissenschaftsgläubigkeit nur als Ersatzreligion für den verloren gegangenen Glauben dient.

Das sollte auch den einfachen Menschen zu denken geben.

US-Haushaltsdefizit erreicht neues Rekordhoch

Die Steuereinnahmen in den USA sind in den ersten [sieben](#) Monaten des Haushaltsjahres um 3 Prozent auf 1,55 Bio. Dollar angestiegen. Da sich die Ausgaben im Vergleich dazu allerdings um 7,3 Prozent auf rund 1,7 Bio. Dollar erhöht haben, errechnet sich für diesen Zeitraum ein Defizit von 152 Mrd. Dollar. Das Defizit ist damit um 88,5% gestiegen. Für das gesamte Geschäftsjahr wird mit einem Haushaltsdefizit von über 400 Mrd. Dollar gerechnet.

Nach der langfristigen Planung von Präsident Bush soll der US-Haushalt im Jahr 2012 ausgeglichen sein. Wie das funktionieren soll, nachdem keine Ende der imperialen Kriege in Afghanistan und Irak abzusehen ist, und die Finanzmarktkrise eine Rezession in den USA ausgelöst hat, kann kein vernünftiger Mensch erklären.

© www.hpatzak.de 19.06.2008